

Naturschutzverband Sachsen (NaSa) e.V.

Naturschutzverband Sachsen (NaSa) e. V.
Gahlenzer Straße 2 - 09569 Oederan

SPD-Stadtratsfraktion
Dr. Arnd Böttcher
Kreuzgasse 1
09599 Freiberg

06.10.2010

Offener Brief

Ihre Presseerklärung in der FP Freiberg vom 05.10.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse haben wir ihre Verlautbarungen zum geplanten Bau einer Umgehungsstraße in Freiberg zur Kenntnis genommen.

Wie wir aus Ihren Ausführungen entnehmen durften, waren für Sie die Argumente und Fakten in den Ausführungen von Herrn Tobias Mehnert in der FP vom 01.10.2010 nicht voll inhaltlich ersichtlich. Wir nehmen deshalb gern die Gelegenheit wahr, um die von Ihnen fälschlicherweise als widersprüchlich und sachlich falsch beschriebenen Argumente noch einmal zu wiederholen.

1. Es ist eine Tatsache, dass die Einwohnerzahlen in Freiberg und Umgebung z.T. erheblich sinken. Dieser Trend hält seit Jahren an und ist vom Statistischen Landesamt Kamenz dokumentiert. Warum Städte wie Marienberg mit geringerer Einwohnerzahl eine Umgehungsstraße bekommen haben, ist nicht Gegenstand der Diskussion und ist darüber hinaus nicht bei einem Naturschutzverband zu hinterfragen. Gegebenenfalls suchen Sie die Antwort auf Ihre Frage in den Reihen der zum Planungszeitraum regierenden Parteien auf Bundesebene, welche wohl der OU Marienberg finanziell eine Förderung zukommen ließen. Sollten wir jedoch Ihre Frage so zu verstehen haben, dass Sie die Projektauswahl für Umgehungsstraßen mit geringerer Einwohnerzahl kritisch hinterfragen, so möchten wir Sie ausdrücklich ermuntern, in der SPD und darüber hinaus für diesen Standpunkt zu werben.

2. Der Naturschutzverband Sachsen e.V. wie der BUND LV Sachsen e.V. bezweifeln ausdrücklich die Notwendigkeit einer Ortsumgehungsstraße für Freiberg. Deshalb planen die Naturschutzverbände auch keinen Bau einer solchen Straße hinter dem Wasserberg – bzw. Seilerberggebiet. Wenn Sie für den Bau einer solchen Straße plädieren, dann tragen Sie natürlich auch die Verantwortung, wenn den Bürgern genannter Wohngebiete „eine Schnellstraße vor den Balkon gebaut wird“.

Im Übrigen dürfen wir in diesem Zusammenhang an das Engagement der damaligen Landtagsabgeordneten Frau Dr. S. Raatz (SPD) für den Bau der sog. Verlegung der B 173 und B 180 in die Ortsmitte von Flöha erinnern. Es wäre in unseren Augen zutiefst

heuchlerisch, wenn man das, was man auch mit Unterstützung der SPD den Bürgern von Flöha zumutet, letztendlich für die Bürger von Freiberg ablehnt.

3. Gern übermitteln wir Ihnen die Verkehrszahlen an der B 101 südlich von Freiberg, aus welchen der geneigte Leser ohne ideologische Vorurteile die stetige Abnahme des Verkehrs erkennen kann.

	2000/1999	2000	2001	2003	2005	2008
DTV-Kfz/Werktage		18.770	18.198	18.866	18.023	17.250
Veränderung (%)	2,09%		-3,05%	3,67%	-4,47%	-4,29%
DTV-Lkw, Werktage		1.324	1.219	1.262	1.236	1.236
Veränderung (%)	-4,20%		-7,93%	3,53%	-2,06%	0,00%

Die Zahlen wurden den Daten der Straßenverkehrszählung Bundesstraßen (SVZ 2000, 2001, 2003, 2005, 2008 an der Dauerzählstelle 51454215 an der B 101 südlich von Freiberg) entnommen.

Natürlich ist es Ihnen unbenommen, auch weiterhin davon überzeugt zu sein, dass die geplante Ortsumgehung dringend notwendig sei. Letztlich erscheint es uns aber nicht gerade seriös, das geringer werdendes Verkehrsaufkommen wohlweislich zu ignorieren.

4. Was Ihre Befürchtungen hinsichtlich der innerstädtischen Flora und Fauna betrifft, so dürfen wir Sie dahingehend beruhigen, dass in der Stadt all die Arten leben, die sich mit den besonderen Bedingungen dieses Lebensraumes arrangieren. Da das Verkehrsaufkommen nachweislich zurückgeht, das „worst case“ - Szenario also bereits zeitlich zurückliegt, sind keine zusätzlichen Belastungen für die angesprochenen Flora und Fauna zu beschreiben. Und Ihre Argumentation zur Gefährdung der historischen Bausubstanz infolge des innerörtlichen Verkehrs wirkt schlichtweg aufgesetzt. Nicht zuletzt die gegenwärtige Diskussion zum Abriß eines Teils der historischen Stadtmauer zum Zwecke der Errichtung eines Parkhauses kann als Beleg dafür gelten, dass viel grundsätzlichere Gefahren für die historische Bausubstanz von Freiberg aus den Ambitionen der Stadtverwaltung und der diese Aktivitäten befürwortenden Stadtverordneten ausgehen.

5. Es erfüllt uns mit Freude, dass die SPD in Freiberg die Erkenntnis umtreibt, dass es außer Frage steht, unvermeidliche Eingriffe in die Landschaft und Pflanzen- und Tierwelt auf ein Minimum zu begrenzen und durch geeignete Aufwertungen an anderer Stelle möglichst ausgeglichen werden müssen. Die Stadt Freiberg hat nach unserem Kenntnisstand u.a. für den Neubau der Brauerei am Fürstenbusch (ca. 70.000 m²), das Gewerbegebiet Nord-West (ca. 150.000 m²), das Gewerbegebiet Süd (ca. 130.000 m²) und das Gewerbegebiet Rotvorwerk (ca. 100.000 m²) noch keinen angemessenen Eingriffsausgleich (insgesamt also ca. 450.000 m²) erbracht.

Die Erweiterung des Gewerbegebiets Freiberg Ost und die Ansiedlung von Solarworld an diesem Standort ist in besonderem Maße durch die schnelle Bereitschaft zur Bereitstellung einer Eingriffsausgleichsfläche durch den Naturschutzverband Sachsen e.V. ermöglicht worden. Obwohl die Ansiedlung von Solarworld bereits erfolgt ist, konnten wir bis zum heutigen Tag keine naturschutzrechtliche Maßnahmeumsetzung zur Kenntnis nehmen.

Offenbar sind gerade bei den naturschutzrechtlichen Eingriffsausgleichsmaßnahmen theoretische Absichtserklärungen von Stadt und Politik nicht mit der Realität in Einklang zu bringen. Da die SPD in Freiberg stets in politischer Verantwortung stand, ist dieses Defizit auch ursächlich auf Ihr Wirken als Partei bzw. der von Ihnen damit Beauftragten in

Zusammenhang zu bringen. Bevor Sie also zukünftig bereits die nächsten Eingriffsausgleichsmaßnahmen für neue Eingriffe (z.B. OU Freiberg) versprechen, wären Sie sicherlich gut beraten, ihre parteilichen Anstrengungen darauf ausrichten, die bisherigen Schulden der Stadt Freiberg an der Natur zu begleichen. Denn es ist wie im normalen Leben - einem Schuldner gibt man nicht unendlich Kredit !

Sehr geehrte Damen und Herren, wir hoffen, wir konnten Ihnen mit unserem Schreiben noch einmal die Ausführungen in der FP vom 01.10.2010 erläutern.

Gern können wir uns auch in einem Gespräch unsere Gedanken über die Notwendigkeit des Naturschutzes, dessen rechtliche Bedeutung in Planungsverfahren sowie biotop- und artenschutzrechtliche Belange austauschen. Sie sind bereits heute recht herzlich dazu eingeladen !

Mit freundlichen Grüßen



T. Mehnert
Vorsitzender



U. Straßburg
Kassenwart